

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



## Pressespiegel

05.07.2022

# Inhalt

## EWN

1   <b>Spenden-Marathon bringt 2.600 Euro ein</b> <i>Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung, 05.07.2022</i> .....	3
2   <b>EU-Atomkraftgegner hoffen nun auf den Ukraine-Effekt</b> <i>DIE WELT, 05.07.2022</i> .....	5

📰 Ostsee-Zeitung - Greifswalder Zeitung | 05.07.2022 | S. 13

📄 Auflage: 10.644 | Reichweite: 29.582

🌐 chl

## FÜR DEN GUTEN ZWECK

# Spenden-Marathon bringt 2.600 Euro ein

## Team von „Cheplapharm“ überquerte als Sieger die Ziellinie.

Nach zweijähriger coronabedingter Pause starteten wieder über ein Dutzend Teams beim Spenden-Marathon „laufend helfen“. Dieser wird gemeinsam von der Abteilung Triathlon/Laufgruppe der HSG Universität Greifswald und der Greifswalder Sportfirma Sport-Bewegung-Gesundheit organisiert. In diesem Jahr wurden Spenden für die „Masha Foundation“ gesammelt, die durch die Kriegsereignisse geschädigte ukrainische Kinder, Frauen und Senioren unterstützt.

13 Teams mit insgesamt 150 Läuferinnen und Läufern sammelten dabei 2600 Euro. Die Summe setzt sich aus den Teilnahmegebühren je Team sowie Läuferinnen und Läufer, aber auch aus dem Verkauf von Bratwürsten, Steaks und Kuchen und weiteren Geldspenden zusammen.

Die Teams mussten insgesamt 76 und eine halbe Runde auf dem Außenring des Volksstadions, das derzeit saniert wird, absolvieren. Dabei wechselten sich die Sportler nach jeweils zwei Runden ab. Viele der 13

Teams waren zum wiederholten Male beim Spenden-Marathon am Start.

Mit dabei waren unter anderem Mannschaften vom Unternehmen Cheplapharm mit ihren Teams „Cheplas Lightning“, „Cheplathon“ und „Pharmaton“ (insgesamt 49 Läufer) sowie auch die „Turbinenläufer“ der **EWN** Lubmin, die „Bodden Ladies“ des Greifswalder SBG-Laufclubs und die Laufteams des Berufsbildungswerkes sowie der Greifswalder Firmen Adtran und KDW.

Die Mitorganisatoren Sylke und Uwe Butz absolvierten ihren Marathon am Grill. Gut 250 Bratwürste und Steaks gingen über die Verkaufstheke.

Nach 2:53:42 Stunden überquerten die favorisierten „Cheplas Lightning“ als Sieger die Ziellinie. Mit einigem Abstand folgten das „Wellyou“-Team (3:09:39) und der „FLigende Wechsel“ (3:12:34) auf den Plätzen zwei und drei.chl



**Bild:** 13 Teams mit insgesamt 150 Läuferinnen und Läufern gingen beim Spenden-Marathon an den Start.

## EU-Atomkraftgegner hoffen nun auf den Ukraine-Effekt

### Grüne schmieden an einer Allianz gegen umstrittenes Siegel. Emmanuel Macron droht eine teure Niederlage

**Brüssel.** Atomkraftgegner und Umweltschützer im Europäischen Parlament könnten Anfang Juli das umstrittene grüne EU-Siegel für Atomkraft und Erdgas kippen. Denn das Parlament stimmt über diesen umstrittenen Teil der sogenannten Taxonomie ab. Es ist die letzte Möglichkeit, das Vorhaben zu stoppen. Mit dieser Taxonomie will die EU-Kommission einheitliche Standards für ökologisches Wirtschaften festlegen. Sie soll die erhofften milliardenschweren Finanzströme privater Anleger in saubere Energieerzeugung und den Klimaschutz lenken.

Jahrelang wurde in Brüssel um diese "Nachhaltigkeitsbibel" gerungen. Zuletzt blieb nur ein brisanter Punkt offen: Die Frage, ob Atomkraft und Erdgas als grün gelten. Viele EU-Staaten, allen voran Frankreich, setzen auf Atomkraft, um in den kommenden Jahren die anspruchsvollen Klimaschutzvorgaben der EU zu erfüllen. Deutschland, Österreich und andere Länder waren strikt dagegen, die Atomkraft aufzunehmen. Votiert eine Mehrheit der Abgeordneten gegen die Regeln, die Atomkraft als klimafreundliche Technologie und Erdgas als Technologie für den Übergang deklarieren, wäre das grüne Label für diese beiden Technologien auf absehbare Zeit erledigt. Die zuständige Finanzmarkt-Kommissarin Mairead McGuinness müsste dann einen neuen sogenannten Delegierten Rechtsakt formulieren lassen.

Es ist allerdings fraglich, ob sie die gleichen Privilegien für Atomkraft und Gas enthalten würden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen würde dann eine Neuauflage der Debatte riskieren. Sollte der Vorschlag im Parlament gestoppt werden, wäre Frankreichs Präsident Emmanuel Macron der große Verlierer. Er ist angewiesen auf die Milliarden, die über die Taxonomie in Atomindustrie gelenkt würden. Nicht nur, dass der Staat mehr als 80 Prozent am hoch verschuldeten Atomkraftwerksbetreiber EDF hält. Zudem will Macron in den kommenden Jahren ein gutes Dutzend neuer Atomkraftwerke bauen.

Es ist allerdings noch nicht klar, ob sich im Parlament eine Mehrheit gegen die Regeln findet. "Es wird sehr, sehr eng", sagte der Grünen-Abgeordnete Michael Bloss. "Aber wir haben inzwischen ein besseres Gefühl. Das Parlament muss Haltung zeigen, sonst bekommen wir ein Öko-Siegel für atomare Investitionsruinen, strahlende Müllhalden und klimaschädliche Gaskraftwerke."

Bloss und seine Mitarbeiter werben seit Monaten um Unterstützer für eine Ablehnung. Sie konnten sogar durchsetzen, dass die Parlamentarier in der Sitzungswoche in Straßburg nicht wie vorgesehen am Donnerstag abstimmen, sondern bereits am Mittwoch. Donnerstags reisen viele Abgeordnete bereits wieder von Straßburg nach Hause und jede Abwesenheit gefährdet die Mehrheit gegen den Kommissionsvorschlag: Nötig ist eine Mehrheit aller EU-Abgeordneten, nicht nur der Anwesenden. Die Atomkraftgegner im Parlament haben jetzt einen umstrittenen Unterstützer gewonnen: Vergangene Woche forderte Andrij Melnyk, der ukrainische Botschafter in Deutschland, alle deutschen Abgeordnete im EU-Parlament auf, gegen das grüne Label für Gas und Atomkraft zu stimmen. Der Vorschlag spiele Russland in die Hände, warnte Melnyk einem Brief. "Die Bedingungen der Taxonomie favorisieren (...) klar russisches Gas. Gazprom, Rosatom und Lukoil haben in Brüssel offenbar entsprechende Lobbyarbeit geleistet", heißt es in dem Schreiben, das WELT vorliegt.

Tatsächlich hatte Russlands Energieminister Nikolai Shulginov zwei Tage vor dem Einmarsch Russlands in der Ukraine erklärt, dass die Taxonomie für die russische Energiewirtschaft "eine Reihe von Möglichkeiten" biete, wie etwa die Produktion von Wasserstoff aus Erdgas. Die Kommission hat ihren Vorschlag am 31. Dezember, mehrere Wochen vor Kriegsausbruch verschickt. Der Brief von Melnyk passt beinahe schon ein wenig zu perfekt in die Strategie der Atomkraftgegner auf EU-Ebene. Klima-NGOs wie Greenpeace warnen seit Längerem davor, dass die neuen Regeln Russ-

land helfen würden.

Ursprünglich hatte Kommissionspräsidentin von der Leyen darauf gesetzt, dass eine große Koalition aus Atom- und Gas-Freunden im Parlament verhindern würde, dass ihr Vorschlag dort blockiert wird. Jetzt aber scheint vielen Abgeordneten eine Einladung an Investoren, Milliarden in Gaskraftwerke zu stecken, suspekt. Schließlich will die EU sich möglichst schnell unabhängig von russischem Gas machen. CDU-Umweltpolitiker Peter Liese warnt sogar vor einem perversen Effekt des geopolitisch überholten Taxonomie-Vorschlags in Bezug auf Flüssiggas (LNG). "Wenn wir den Delegierten Rechtsakt akzeptieren, würden Investitionen in LNG-Terminals und LNG-Schiffe tendenziell teurer werden, weil sie von der Taxonomie nicht positiv bewertet werden."

In einer ersten Abstimmung in den zuständigen Umwelt- und Finanzausschüssen lehnten die Abgeordneten vor wenigen Wochen das Vorhaben bereits

ab. Damit machten sie den Weg dafür frei, dass nun das gesamte Plenum abstimmen kann. Dort müssten 354 von 705 EU-Abgeordneten gegen den Vorschlag votieren, um ihn zu stoppen. Gegenwärtig wollen mit Sicherheit nur die grünen Abgeordneten im Parlament geschlossen gegen das Vorhaben stimmen. Das gilt laut Parlamentariern auch für die linke Fraktion.

Die beiden großen Fraktionen des Parlaments sind gespalten. In der sozialdemokratischen S&D-Fraktion etwa wollen viele Abgeordnete gegen grüne Siegel für Atom und Gas stimmen, darunter auch die Deutschen. Sozialdemokraten aus osteuropäischen Ländern, die auf Atomkraft setzen, wollen es jedoch unterstützen. Die christdemokratische EVP-Fraktion könnte den Fraktionszwang bei der Abstimmung aufheben, ein Zeichen dafür, wie schwer es ist, die Interessen unterschiedlicher Abgeordneter unter einen Hut zu bekommen. Die liberale Renew-Fraktion hat das Abstimmungsverhalten freigegeben, die deutschen FDP-Abgeordneten wollen sich geschlossen enthalten.